

# SOWJETZONE

## Zur Wirtschaftslage der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Frühjahr 1958

Das innenpolitische Klima hat sich in Mitteldeutschland weiter verschärft. Der *Kampf gegen die Kirche* als angeblich NATO-hörige Organisation und gegen die Religion als einen nicht zu überbrückenden Widerspruch zur Staats- und Parteiideologie wird von Ulbrichts Seite mit dem Ziel einer Spaltung der bisher noch für West- und Mitteldeutschland einheitlichen evangelischen Kirche geführt. Gegen die im April zeitweise in Ost-Berlin tagende Synode ist u. a. auch das Druckmittel von Straßendemonstrationen eingesetzt worden. Pankow hat offensichtlich noch nicht begriffen, daß diese Auseinandersetzung geistiger Waffen, aber nicht des Straßenterrors bedarf. Die Hochschulen werden noch stärker als bisher unter die Lupe genommen, und die gesamtdeutschen Feiern zu Ehren Max Plancks muteten in der SBZ wie eine zynische Als-Ob-Konstruktion an; denn sie konnten nicht über den staatlichen Kampf gegen eine freie wissenschaftliche Forschung und Lehre hinwegtäuschen. Nach dem Westen flüchtende Studenten und Dozenten, verhaftete Professoren, unbesetzte Lehrstühle, selbstkritische Besserungsversprechen knieweich gemachter Hochschullehrer, daneben aber auch mutige Bekenntnisse wie das des Hallenser Professors *Motbes*, und die Tatsache, daß jeder Studienwillige vor Beginn des Studiums zwei Jahre „Ehrendienst in der Volksarmee“ ableisten muß, das sind nur einige Kennzeichen dieser Entwicklung.

Auch im *Wirtschaftsleben* weht für den privaten Bereich ein noch schärferer Wind als bisher. Der gewerbliche Mittelstand soll bis 1960 kollektiviert oder sozialisiert werden. Die neuerliche Verschärfung der Handwerkssteuer ist ein deutliches Zeichen dafür. Und wenn im staatlichen Bericht über die Wirtschaftsentwicklung im 1. Quartal 1958 die Produktionszunahme der „halbstaatlichen“ Industrie — der Privatindustrie mit staatlicher Kapitalbeteiligung — mit einem Zuwachs von 21 vH gegenüber dem Vorjahrsquartal besonders hervorgehoben wurde, so ist das nicht nur als Lockspeise für die noch nicht staatsbeteiligten Betriebe gedacht, sondern zeigt zugleich den Weg, den Pankow zur Gleichschaltung des letzten Restes der Privatindustrie (rd. 10 vH des gesamten Produktionswertes) zu gehen wünscht.

Dieser erste Quartalsbericht 1958 ist aus mehreren Gründen bemerkenswert. Er zeigt dem Leser, wenn auch nur andeutungsweise,

welche *Planrückstände* aus den Vorperioden mit zu erledigen waren, wie die Wirtschaft im Vergleich zum 1. Vorjahrsquartal sich entwickelt hat und wie im laufenden Planjahr das Verhältnis von Soll und Ist in den einzelnen Bereichen sein wird. Hier kann naturgemäß nur auf einzelne Schwerpunkte eingegangen werden. Der Zuwachs der industriellen Bruttonproduktion ist für die Gesamtindustrie nicht genannt (er war im 1. Quartal 1957 ursprünglich mit 10 und später korrigiert mit 8 vH angegeben worden), sondern nur für die Privatindustrie mit 10,6 vH und für die Beteiligungsbetriebe mit 21 vH. Nach der sowjetzonalen Berichtstechnik muß angenommen werden, daß der Zuwachs der gesamten Industrieproduktion bei etwa 5 bis 6 vH gelegen hat. Er soll für den Zeitraum des 2. Fünfjahresplanes 1956 bis 1960 insgesamt 38 vH betragen, womit er erheblich unter dem angeblich im 1. Fünfjahrplan erreichten Zuwachs von 92,3 vH liegen würde. Dieser Rückgang im Wachstumstempo erklärt sich daraus, daß nach Abschluß der Wiederaufbauperiode mit sehr hohen Zuwachsraten nun die gemäßigten Raten der Konsolidierungsperiode Platz greifen.

Während im Bericht über das 1. Quartal 1957 für die Bereiche der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie noch über den Grad der Planerfüllung neben dem Vergleich mit der Vorjahrsperiode berichtet wurde, wird diesmal nur noch das Wachstum angegeben:

Zuwachsraten gegenüber dem gleichen Vorjahrsquartal (= 100)

	I/1958	I/1957
Kohle und Energie	106	109
Berg- und Hüttenwesen	109	107
Chemische Industrie	109	107
Schwermaschinenbau	111	107
Allgemeiner Maschinenbau	111	116
Leichtindustrie	109	111
Lebensmittelindustrie	124	100

In drei Industriebereichen, von denen für die Rolle der SBZ im Ostblock der Allgemeine Maschinenbau eine sehr große Bedeutung hat, ist der Zuwachs also *niedriger* als im gleichen Vorjahrsquartal gewesen. Im Kohlenbergbau soll bei Steinkohle der Plan mit 18 000 t übererfüllt worden sein (entsprechende Übererfüllung im 1. Quartal 1957 war 16 000 t), dagegen sind beim Braunkohlenbergbau große Schwierigkeiten aufgetreten. Ganz allgemein sagt der staatliche Bericht, daß „in vielen Betrieben der *Kampf um die Erfüllung aller staatlichen Aufgaben ungenügend*“ geführt worden sei. Er erwähnt aber ausdrücklich die zu geringe Förderung von Rohbraunkohle — des Hauptenergie-

trägers der SBZ — und Rückstände in der Abraumbewegung. Hierbei dürften Planverstöße im Bereich der Investitionen neben den Witterungsschwierigkeiten eine entscheidende Rolle gespielt haben. Während die Stromerzeugung im 1. Quartal 1957 um 544 Mill. kWh über dem Vorjahresquartal lag, ist dieser Zuwachs im 1. Quartal 1958 auf 461 Mill. kWh zurückgegangen, obwohl der Kapazitätswuchs im Dauerbetrieb im 1. Quartal dieses Jahres mit 223,6 MW erheblich über dem des Vorjahresquartals mit 104 MW lag. Dies läßt darauf schließen, daß die bisher sehr hohen Benutzungsstunden in der SBZ allmählich auf ein vernünftiges Maß reduziert werden.

Audi im Berg- und Hüttenwesen hat es eine Reihe schwerwiegender Versager gegeben. Die Pläne wurden bei der Produktion so wichtiger Güter, wie Rohstahl, Raffinade- und Elektrolytkupfer, Walzerzeugnissen aus Kupfer, Blei und Bleilegerungen nicht erfüllt. Dies hat sich auf einige Zweige des Maschinenbaus, zu dem nach der sowjetzonalen Einteilung auch Schiffs- und Fahrzeugbau gehören, nachteilig ausgewirkt. Die Produktionsziele für den Bau spanabhebender Werkzeugmaschinen, von Maschinen und Apparaten für die Leicht- und Lebensmittelindustrie und Drehautomaten wurden nicht erreicht. Beim Export von Erzeugnissen des Schiffsbaus und des Werkzeugmaschinenbaus traten planwidrige Verzögerungen auf. In diesen Industriezweigen hat es bei der Schaffung neuer Produktionskapazitäten ebenfalls Störungen gegeben. Es ist sicher auch bedeutsam, daß im Bericht extra erwähnt wird, daß die Stahlerzeugung je qm Herdfläche der Siemens-Martin-Öfen gegenüber dem Jahresdurchschnitt 1957 um 2 vH zunahm, und daß die Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten „teilweise weiter verbessert“ werden konnte; zeigt dies doch, mit welchen Schwierigkeiten in der Hüttenindustrie der SBZ zu rechnen ist.

Die Großbetriebe der staatlichen chemischen Industrie — die Leunawerke, die Bunawerke, das Elektrokombinat Bitterfeld, die Farbenfabrik und die Filmfabrik Agfa in Wolfen — haben nach dem Bericht ihre Produktionspläne erfüllt. Wie wenig das aber bedeutet, geht daraus hervor, daß in der Reihe der Erzeugnisse, bei denen im 1. Quartal 1958 die Produktionsziele nicht erreicht werden konnten, auch kalzinierte Soda, farbige Foto- und Kinofilme, Kraftfahrzeugdecken, Fahrbenzin, Perlonseide und Viskose-Cordkunstseide hervorgehoben worden sind. Die Inbetriebnahme neuer Kapazitäten zur Schwefelsäureherstellung, eines der wichtigsten chemischen Grundprodukte, hat sich verzögert.

Die auffallend hohe Zuwachsrates der Lebensmittelindustrie erklärt sich aus Verarbeitungsüberhängen in der Zuckerindustrie, deren Kampagne sonst kaum noch in das 1. Quartal

fällt. Der Zucker ist ein Standard-Exportgut der SBZ, obwohl er zu den noch immer rationierten Nahrungsmitteln gehört. Das Gesamtaufkommen an Weißzucker betrug 1956 550 000 Tonnen und 1957 774 000 t. Es soll 1960 auf 867 000 t erhöht werden. 1956 wurden 75 000 t exportiert, obwohl vom Frühjahr bis zum Herbst in der SBZ für den Normalverbraucher über die Kartenration hinaus Zucker im freien Handel einfach nicht zu haben war. Ähnlich ist es auch 1957 gewesen. Auch bei den Erzeugnissen der Leichtindustrie, deren Produktionsfortschritte unverkennbar sind, sagen die Ausführungen des Berichtes nichts über den Inlands- bzw. den Auslandsabsatz. Trotz der z. T. beträchtlichen Steigerung der Erzeugung bei einer Reihe von Konsumgütern mit Zuwachsraten bis auf 250 und 260 vH zum Vorjahresquartal ist der Warenumsatz auf dem Binnenmarkt nämlich nur um 5 vH gestiegen (Wachstum im 1. Quartal 1957 = 4 vH). Der Umsatz an Nahrungs- und Genußmitteln ist in der SBZ nach wie vor unterentwickelt.

Der bereits erwähnte stärkere Druck in Richtung auf die *Kollektivierung des Wirtschaftslebens* hat in der Landwirtschaft die Zahl der Produktionsgenossenschaften (LPG) im 1. Quartal 1958 um 676 auf insgesamt 7367 zu nehmen lassen. Da in der SBZ noch immer mehr als 60 vH der landwirtschaftlichen Nutzfläche von Privatbauern bewirtschaftet werden, kann die sowjetische Maßnahme der Überführung der Maschinen- und Traktoren-Stationen (MTS) in die Kolchosen in der SBZ noch nicht nachgeahmt werden, weil dort die MTS noch gesellschaftspolitische Aufgaben zu erfüllen haben. Der Widerstand gegen die politisch dogmatisierten Wirtschaftsmaßnahmen ist auf dem Lande doch noch ziemlich stark. Dies zeigt sich u. a. auch daran, daß der von Chruschtschow mit besonderem Nachdruck propagierte Maisanbau in der Zone bei der privaten Bauernschaft fast keine Gegenliebe findet. Im 1. Quartal wurden insgesamt für rund 50 000 ha Maisanbauverträge mit den MTS abgeschlossen, von denen auf die LPG allein 47 000 entfielen. Im ganzen Jahr 1958 sollen 250 000 ha Mais angebaut werden, was sogar mehr Fläche beanspruchen würde als der Zuckerrübenanbau in den vorangegangenen Jahren. Die Versorgung mit Silomais-Saatgut soll durch Importe aus Rußland und anderen Ostblockstaaten gesichert sein. Um so mehr muß der Rüdestand beim Abschluß von Anbauverträgen auffallen.

Mit welchem Nachdruck die staatliche Wirtschaftsverwaltung eines der drängendsten Probleme — Lohn- und Normenwesen — anpackt, zeigt sich daran, daß die Arbeitsproduktivität je Produktionsarbeiter um mehr als 8 vH und die Stundenleistung sogar um mehr als 14 vH anstieg, wohingegen sich der Durchschnittslohn je Produktionsarbeiter nur um 2 vH erhöhte.

Die amtliche Kritik an den angeblich zu niedrigen Normen nimmt in der Presse immer schärfere Formen an. Es hat jedoch den Anschein, als ob man sich in Pankow vor einer generellen Neuordnung des Lohn- und Normenwesens scheut und lieber Einzellösungen anstrebt.

\*

Insgesamt gesehen, scheint der Wirtschaftsstart im 1. Quartal 1958 besser funktioniert zu haben als im Vorjahr. Einzelne industrielle Spitzenleistungen ragen jedoch noch weit aus dem übrigen, z. T. sehr ungenügend entwickelten Produktionsniveau hervor. Im *Flugzeugbau* ist die SBZ besonders aktiv und hat damit der Bundesrepublik bisher wohl den Rang abgelaufen. Am 30. April 1958 konnte in den Dresdener Flugzeugwerken das erste Mittelstrecken-Verkehrsflugzeug mit Düsenantrieb, die sogenannte „B 105“, hallenfertig übergeben werden. Hand in Hand mit dieser Entwicklung vollzieht sich der Aufbau der sowjetzonalen Lufthansa. In Chemnitz verfügt sie seit kurzem über einen neuen Flugplatz, und vom 2. Mai an ist der Flugbetrieb auf den Strecken Ost-Berlin (Schönefeld) — Barth/Ostsee mit einer Flugzeit von 65 Minuten, Ost-Berlin — Chemnitz mit einer Flugzeit von 90 Minuten, Ost-Berlin — Dresden und Leipzig — Chemnitz, täglich außer sonntags, aufgenommen worden. Nach den angegebenen Flugzeiten werden die kurzen Strecken in der SBZ mit relativ langsamen Maschinen befliegen. Die in Dresden gebauten Düsenflugzeuge werden entweder exportiert oder im Ostblock im Auslandsdienst eingesetzt.

Neben solchen Einzelleistungen wird aber in der eigenen Presse ständig — außer den amtlichen Beanstandungen (s. o.) — eine Fülle von Mängeln und Versagern kritisiert, die die von Ulbricht erst kürzlich wieder einmal in einem Hearst-Interview aufgestellte Behauptung von der Überlegenheit des staatsplanwirtschaftlichen Systems Lügen straft. Er sagte: „Wir sind nicht nur der Ansicht, daß die sozialistische Planwirtschaft der kapitalistischen Wirtschaft überlegen ist, sondern das ist bereits durch die historischen Erfahrungen der Entwicklung z. B. in der Sowjetunion, in China und auch in der Deutschen Demokratischen Republik hinreichend bewiesen. Sie sagen, die deutsche Westzone hätte im Hinblick auf den Wiederaufbau größere Fortschritte gemacht als wir. Das ist ein frommer Glaube, der mit der Wirklichkeit in Widerspruch steht.“

*Und wie ist die Wirklichkeit?* Es wird in der SBZ offiziell zugegeben, daß rund ein Viertel aller Staatsbetriebe mit Verlust arbeitet, daß die Ausschußproduktion — besonders bei den Gießereien — immer noch sehr hoch ist, daß trotz aller Planung immer wieder Störungen den Produktionsprozeß unterbrechen, daß als Folge davon ein beachtlicher Teil der Arbeits-

zeit nicht produktiv genutzt werden kann, und daß die Fehlleistungen dann durch höher bezahlte Überstunden ausgeglichen werden müssen, daß die Wirtschaftsorganisation noch nicht den bestehenden Anforderungen genügt und die staatlichen Dienststellen sehr oft unzureichend zusammenarbeiten, daß es an Energie- und Verkehrskapazitäten fehlt und deshalb in der SBZ der Übergang zur Fünftagewoche unmöglich ist, daß viele Betriebe wegen der unsicheren Materialversorgung Engpaßmaterialien horten und sie den eigentlichen Bedarfsträgern entziehen, usw. usw. Sind das alles wirklich nur Übergangserscheinungen oder Kinderkrankheiten, wie es offiziell schon seit Jahren heißt, oder sind derartige Verlustquellen und Störungen im sowjetzonalen Planwirtschaftsablauf unvermeidbar? Ein Beweis für Überlegenheit des Systems sind sie bestimmt nicht!

Der Zonenindustrie fehlt es u. a. seit langer Zeit an Isoliermaterial. Es gibt nicht genügend Glas- und Schlackenwolle. Die zuständigen Ministerien wissen sich keinen Rat, wie die Produktion dieses Isoliermaterials erweitert werden soll, weil es nicht zu dem kontingentierten Material gehört und damit die Planungsstrategen und Bedarfsträger keine planungstechnischen Erfahrungen haben, den kommenden Bedarf richtig vorzuschätzen.

Die ehemaligen Junkerswerke in Dessau beschwerten sich über die mangelhafte Qualität des von dem VEB Walzwerk Hettstedt gelieferten Walzbleches, das äußerlich zwar gut aussehe, aber erhöhten Anforderungen nicht genüge. Das gesamte Walzmaterial ist kürzlich nach Hettstedt zurückgeschickt worden. Außerdem wurden die Vertragsgerichte mobilisiert, um in dieses Durcheinander Ordnung zu bringen.

Plastikfolie ist ein vielgebrauchter Grundstoff der Verpackungs- und der Konfektionsindustrie. Seit Jahren gibt es in der SBZ zu wenig solcher Folie. Nachdem nun noch der VEB Bitterfeld als bisheriger Hauptlieferant laut Plan den Binnenhandel nicht mehr beliefern darf, ist diese Materiallücke noch größer geworden. Die z. Z. vorhandene Menge, die der genossenschaftliche Handel in der gesamten SBZ anbieten kann, hat nur eine Größe von insgesamt 14 000 qm. Tischdecken, Schürzen, Regenbekleidung, Gardinen, Autoplanen usw. können aus Plastikfolie nicht hergestellt werden, so klagen viele Betriebe, weil sie damit nicht beliefert werden.

Es mangelt in der SBZ u. a. ferner an Kork und Korken, an Stärkepräparaten für Wäscherien und Hausfrauen, an Bügelverschlußflaschen, an Blech für Flaschen-Kronenverschlüsse, an Spirituosflaschen und Schnapsgläsern, an Pappemern und Gläsern für Fischmarinaden, an Reglern für Propangasflaschen, an Feinblechen und Bremsseilen für die Kraftfahrzeugindustrie usw. usw.

Ulbricht pochte in diesem Interview ferner auf die Stabilität der Zonenwährung und auf die Tatsache, daß sich die SBZ bei ihrem wirtschaftlichen Aufbau nicht an das Ausland verschuldet habe. Die DM/Ost ist jedoch keine echte Währung, sondern nur ein reines Binnenmarkt-Zahlungsmittel. An ihrer Stabilität ließe sich manches in Zweifel ziehen, man denke nur an die im Oktober 1957 durchgeführte Umtauschaktion. Mikojan war kürzlich mit seinen Äußerungen über den Rubel als Währung wesentlich realistischer. Und zum Thema Auslandsverschuldung sei Ulbricht nur an die langfristigen Valuta- und Warenkredite erinnert, die die SBZ bei der Sowjetunion aufnehmen mußte. Im Sommer 1956 sprach Pankow von einer sowjetischen Wirtschaftshilfe von insgesamt 7,5 Mrd. Rubel! Auch die den Staatshaushalt der SBZ jährlich mit Milliardenbeträgen belastenden Außenhandelspreisausgleiche kann man der Auslandsverschuldung gleichsetzen.

\*

Sehr realistisch verfuhr die SBZ kürzlich, als sie die in den westlichen Ländern durch die Seefrachtenflaute entstandene Situation auf dem Schiffsmarkt ausnützte und in Holland und Belgien zusammen drei Hochseemotorschiffe als Gebrauchtschiffe kaufte. Es handelt sich um ein 1937 in England gebautes Frachtschiff mit einer Tragfähigkeit von 9150 t und um zwei 1938/39 in Antwerpen vom Stapel gelaufene, auch als kombinierte Fracht- und Passagierschiffe verwendbare Motorschiffe mit einer Tragfähigkeit von 9050 t als reines Frachtschiff oder von 7845 t sowie 120 Passagieren als Kombination. Die letzteren Motorschiffe sollen mit je 275 000 Pfund Sterling bezahlt worden sein, während das reine Frachtschiff etwas teurer war. Die hierfür aufgewandten Devisen hätten beim Ankauf von Schiffbaumaterial nur für zwei Schiffe ausgereicht. Außerdem wären dann noch die Baukosten angefallen.

Die im 2. Fünfjahrplan vorgesehene Schaffung eigener Schiffstonnage wird durch diesen Ankauf sehr erleichtert. Bis 1960 soll die Handelsflotte der SBZ 60 Einheiten mit insgesamt 206 000 tdw umfassen. Die Handelsflotte der Bundesrepublik hat jetzt eine Gesamttonnage von rund 4 Mill. BRT. Die Flotte der SBZ ist dagegen also noch ein Baby. Ihr Wirkungsfeld ist aber auch wesentlich kleiner. Sie bedient außer den Ostseelinien nur die Ostasienroute Wismar—Rotchina und als weitere Überseelinie die nach Ägypten.

Die SBZ hat zwar an der Ostseeküste eine Reihe leistungsfähiger Werften errichtet, auf denen im 2. Fünfjahrplan Einheiten bis zu 14 000 BRT vom Stapel laufen sollen, aber auch im Schiffbau zeigt sich, daß das reibungslose Zusammenspiel im Fertigungsablauf verschiedener Industriebereiche unter dem Vorzeichen

der Staatsplanwirtschaft immer wieder gestört wird. Die Peenewerft Wolgast hat sich verpflichtet, im Jahre 1958 acht Küstenmotorschiffe an die staatliche Seereederei der SBZ abzuliefern. Sechs Schiffe sollen in Wolgast schon von Stapel gelaufen sein, und trotzdem wird die Werft in Verzug geraten, weil die Zulieferbetriebe für die Schiffsausrüstung — z. B. mit hydraulischen Bordwippkränen und Verholspills, Kreiselkompaßanlagen, Funksende- und Empfangsanlagen, Nebelsignalanlagen, Kontrollgeräten für Ruderlage und Schraubenumdrehung, Radar- und Goniometerpeilanlagen, Ankerwinden usw. — ihre Liefertermine wegen Material- und Fertigungsschwierigkeiten nicht einhalten können. Möglicherweise hat hierbei schon die ursprüngliche Investitionsplanung mit falschen Voraussetzungen gearbeitet. Das Ergebnis dieses Durcheinanders ist jedenfalls alles andere als planvoll.

Auch in der Binnenschifffahrt ist Pankow — wenn auch in wenig erfreulicher Weise — aktiv geworden. Analog zur Straßenbenutzungsgebühr ist mit Wirkung vom 5. Mai 1958 eine Wasserstraßenbenutzungsgebühr für alle in der SBZ nicht registrierten Wasserfahrzeuge in Kraft gesetzt worden, die nicht nur den Schiffsverkehr zwischen Westdeutschland und West-Berlin trifft, der etwa ein Drittel des Massengütertransportes umfaßt, sondern die sich auch auf den Interzonenhandel, auf einen Teil des Schiffsverkehrs zwischen Hamburg und dem Ruhrgebiet und auf den internationalen Transitverkehr auswirken wird.

Die Begründung dieser Raubrittermaßnahme liefert die Behauptung Pankows, daß das den zuständigen Regionalbehörden der SBZ seit Jahren bekannte Projekt des Stau- und Kraftwerks Geesthacht in dem Gebiet der Zone Schutzmaßnahmen im Werte von rund 36 Mill. D-Mark erforderlich mache. Diese Summe solle durch die neue Gebühr aufgebracht werden, deren Aufkommen von westlicher Seite auf mindestens jährlich 25 bis 30 Mill. DM geschätzt wird. Der wahre Grund liegt woanders. Pankow wünscht die diplomatische Anerkennung und verlangte deshalb wegen Geesthacht Verhandlungen auf Regierungsebene. Als es diese nicht bekam, suchte es ein neues Druckmittel und fand es in der neuen Gebühr, die zugleich noch einen beachtlichen finanziellen Effekt hat. Wie der westliche Schiffsverkehr reagieren wird, hängt von dem Ergebnis der jetzt notwendigen Verhandlungen ab, die jedoch auch nicht zu Regierungsverhandlungen werden dürften. Vielleicht verfällt Pankow noch auf eine Schienen- und auf eine Luftraumbenutzungsgebühr. Es braucht dringend zusätzliche Einnahmequellen und nimmt auf gesamtdeutsche Belange keinerlei Rücksicht. Als letztes Ziel erstrebt es ja doch die völlige Isolierung Berlins. Dies gilt es, bei allen Verhandlungen stets zu bedenken; denn die wirtschaftliche Isolierung Berlins hätte auch unabsehbare politische Folgen. *Walter Meier*